

Die "Zeitung" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16.— M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 15.50 M. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Strafband drucken für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. Einschlägliche Adressänderungen, per Brief für Deutschland und Österreich 20.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Monatszeitschrift über den Raum kostet 5.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Ausgaben: Das Zeitungsblatt kostet 5.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Einzelgenossen laut Facit. Feuilleton-Ausgaben und Stellen-Geführer 3.20 M. nach vorzelle. Größter Verkauf in Wort-Ausgaben: das Zeitungsblatt kostet 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Zeitungsverleger: Jentzen 2030, 2045, 4516 4802, 4635, 4519, 4921.

STREIFER

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Englisch-russische Verständigung

Die Bedingungen Englands für die Anerkennung Sowjetrußlands

Paris, 13. August.

„Tempo“ meldet, daß die englische Regierung für die Anerkennung der Sowjetregierung folgende Bedingungen gestellt habe: Einstellung aller direkten und indirekten Feindseligkeiten. Heimbeförderung der Zivil- und Krieges Gefangenen. Abschluß eines Abkommens zur Sicherung der Gutmachung von Schäden, die englischen Privatpersonen zugefügt wurden, soweit sie nicht unverzügliche Regelung erfordern. Die Sowjetregierung habe diese Bedingungen angenommen.

Der englisch-französischer Bericht

St. London, 14. August.

Vor der Zusammenkunft des Unterhauses werden wichtige Besprechungen abgehalten. Zwischen London und Paris werden über die Anerkennung der Regierung Wrangels Notizen ausgetauscht. Man hofft, daß die Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Von autoritativer Seite wird mitgeteilt, daß keine Änderung in der englischen Politik eingetreten sei.

Die Anerkennung Wrangels wird von England ignoriert

St. London, 14. August.

Reuter vernimmt, daß anlässlich der Anerkennung Wrangels die englische Gesandtschaft in Paris bei der französischen Regierung vorstellig geworden ist. Es hat jedoch keine formelle Beratung stattgefunden. Die britische Regierung wird unbedingt an dem Abkommen festhalten, daß nicht zu einer Aktion gegen die Kärnertruppen übergegangen werden soll, solange die Entscheidung der Räteregierung bezüglich des Waffenstillstandes und der Friedensbedingungen nicht bekannt ist. Die britische Regierung wird tun, als ob kein offizieller Schritt Frankreichs in der Anerkennungsfrage stattgefunden hat.

Die Haltung der englischen Arbeiter.

St. London, 14. August.

Aus Glasgow wird gemeldet, daß der Verwaltungsrat der Unabhängigen Arbeiterpartei eine Entschiedenheit an die Regierung sandte, in der er erklärt, daß die Partei in der Anerkennung Wrangels durch Frankreich einen Beweis für die hinterlistige Art der Alliierten gegenüber Rußland erblicke, wofür die organisierten Arbeiter die britische Regierung verantwortlich machen, wenn die Anerkennung durch das britische Kabinett nicht öffentlich desavouiert und das französische Bündnis sofort gelöst wird. Die Entschiedenheit sagt weiter, daß die britische Regierung zum Beweise ihrer Aufrichtigkeit Churchill wegen seiner Intrigen gegen Rußland von seinem Ministerposten verabschieden müsse.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen Munitionstransporte.

Amsterdam, 13. August.

Zum russisch-polnischen Konflikt veröffentlicht der Internationale Gewerkschaftsbund eine Erklärung, in der es heißt, der Internationale Gewerkschaftsbund habe keine besondere Sympathie weder für die Bolschewisten noch für die Polen. Er halte an seinem Standpunkt fest, daß jeder Krieg und jedes Blutvergießen zu verurteilen sei und durch Weiterbeförderung von Munition und Truppen nicht unterstützt werden dürfe. Demgemäß sei ein zweimal wiederholtes Aufsuchen einer europäischen Regierung, die Munitionsbeförderung nach Polen zuzulassen, rundweg abgelehnt worden.

Wilson gegen Sowjet-Rußland

Die italienische Regierung hatte bei den Vereinigten Staaten angefragt, wie diese über die russisch-polnische Frage denke. Die amerikanische Regierung hat nunmehr eine Note an Italien gerichtet, worin ausgeführt wird, daß die Vereinigten Staaten die Sowjet-Regierung nicht anerkennen wollen. Es heißt darin: „Wir können die Vertreter einer Regierung, die entschlossen und verpflichtet ist, gegen unsere Grundsätze zu konspirieren, deren Diplomaten die Erreger gefährlicher Anspruchs sein wollen, deren Wortführer sagen, daß sie Berechtigungen unterzeichnen, ohne die Absicht zu haben, dieselben zu halten, nicht anerkennen, nicht amtliche Beziehungen mit ihnen unterhalten, oder ihnen eine freundschaftliche Aufnahme gewähren.“ Man müsse erklären, so wird weiter gesagt, daß alle Völker im Bereich des früheren Zarenreiches das Recht auf freie Selbstbestimmung hätten und daß deshalb alle fremden Truppen aus ihrem Gebiet zurückgezogen werden müßten. Auf diese Weise könnte die bolschewistische Herrschaft um den Erfolg ihres Appells an den russischen Nationalismus gebrochen werden. Amerika sei ein Freund des russischen Volkes, aber es sei der Regierung Amerikas nicht möglich, die gegenwärtigen Herrscher Rußlands als eine Regierung zu betrachten, mit der Beziehungen, wie sie zwischen freundschaftlichen

Regierungen gepflogen werden, aufrecht erhalten werden können. Die gegenwärtige Regierung Rußlands sei gegründet auf der Verneinung jeglichen Grundgesetzes von Ehre und gutem Glauben und von jedem Brauch und Herkommen, die dem Gebäude des Völkerrrechts zugrunde liegen.

Die französische Regierung hat an die Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, in der es heißt, die Sowjets verträten nur eine kleine Minderheit des Volkes, sie hätten sich der Macht durch List und Gewalt bemächtigt. Seit 24 Jahren hätten sie keine allgemeinen Wahlen gebildet, im Gegenteil, sie hätten der Schaffung einer aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Volksregierung Hindernisse bereitet. Die verantwortlichen Leiter dieses Regimes hätten sich häufig und öffentlich gerühmt, daß sie entschlossen seien, Abkommen und Verträge mit fremden Regierungen zu schließen, ohne die Absicht zu haben, sie zu halten. Sie behaupteten, keine Abmachung mit bolschewistischen Regierungen könne sie moralisch binden. Sie hätten erklärt, daß sie durch alle Mittel in anderen Ländern revolutionäre Bewegungen hervorzurufen wollten, um das Rätesystem aufzurichten. Infolgedessen halte es die französische Regierung für unmöglich, die angeblichen Herrscher von Stulpaud als eine Regierung anzuerkennen, mit der man gemeinsame Beziehungen unterhalten könne.

Eine englische Note an Polen

London, 14. August (Reuter).

Die **„Nachricht“**, Lord George habe Polen geraten, die Bedingungen Sowjetrußlands anzunehmen, ist ungenau. Die nach einem englischen Krawall an Polen gesandte Note enthält keine Rückschlüsse an die polnische Regierung, sondern besagt einfach, die englische Regierung sei der Ansicht, daß das britische Volk keine Kriegserklärung billige zu dem Zwecke Polen zu unterstützen, um eine Verbesserung der russischen Bedingungen zu erlangen, sofern die Bedingungen Sowjetrußlands in gutem Glauben gestellt und ohne Hintergedanken sind.

Der polnische Frontbericht

St. Warschau, 14. August.

Amlicher polnischer Heeresbericht vom 13. August: An der Südfrente drängt der Feind weiter gegen die Linie Modlin—Zegze vor. Kleine Abteilungen bolschewistischer Kavallerie sind bis in die Nähe von Sierpoc vorgestoßen. Größere Abteilungen Infanterie greifen Rażajsk und Plonsk an. Die Angriffe wurden abgeschlagen. Im Zentrum weitere Umgruppierungen unserer Truppen in loser Kampfführung mit dem Feinde. Deftlich Kublin hat unsere Nachhut die Frontlinie Tysmienicza besetzt und hier alle feindlichen Angriffe abgeschlagen. Im Raume von Golin und Łoszwiew ist der Feind ebenfalls zurückgeschlagen worden. Die Reiterarmee Budzennys hat nach der gestrigen Abwehr ihre Angriffe nicht wiederholt. Längs Serech und Sirpa wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Bei Borodjagowo hat die 12. Division feindliche angreifende Kolonnen auf ganz kurze Entfernung herankommen lassen und sie dann durch vernichtendes Feuer vollständig aufgetrieben.

Die polnische Waffenstillstandskommission

St. Warschau, 14. August.

Die Delegation für die Waffenstillstandsverhandlungen in Minik besteht aus den Unterstaatssekretären Dombolski und Wroblewski und den Abgeordneten Barliaci (Sozialist), Graf Starbel (Nationaldemokrat) und Stanislaw Grabski (Nationaldemokrat).

Die Seeleute gegen den Krieg

Brüssel, 13. August.

Der Seeleutenkongress nahm eine Entschiedenheit an, wonach die Seeleute zur Behinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition besorgen werden. Der Beschluß solle bereits auf den russisch-polnischen Konflikt angewendet werden.

Beisetzung der Opfer von Zeche Kaiserstuhl II

St. Dortmund, 14. August.

Gestern wurden die 30 Bergleute der Zeche Kaiserstuhl 2, die am Sonntag morgen auf so tragische Weise ums Leben gekommen sind, zu Grabe getragen. Unter dem Geläute der Glocken der ganzen Stadt setzte sich der riesige Trauerzug um 4 Uhr von der Leichenhalle aus in Bewegung. Eröffnet wurde der Zug von zahlreichen Vereinen und den Vertretern der hiesigen Behörden, Beamten und Arbeiter. Unter dem Vorantritt der Gesellschafter beider Konfessionen folgten die 8 Leichenwagen mit den 30 Särgen. Nicht hinter ihnen schritt die schwer betroffene Belegschaft und die große Reihe der Hinterbliebenen und Angehörigen. Den Schluss bildeten zahlreiche Vereine und Abteilungen. Eine ungeheure Volksmenge umschmeißte die Straßen, die der Trauerzug passierte. Auf dem Nordfriedhof angelangt, wurden die 30 Särge von Knappen in Paradeuniform zu dem Massengrab getragen, wo die Beisetzung um 6 Uhr erfolgte.

Ueberflüssige Mahnung

In der **„Deutschen Allgemeinen Zeitung“** veröffentlicht Dr. Max Rudolf Kaufmann eine Unterredung, die er mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth über den Steuerabzug vom Arbeitslohn geführt hat. Dr. Wirth sagte:

„Bei der Kritik des Lohnabzugs wird immer wieder vergessen, in wieweit außerordentlich großer Finanznot sich das Reich befindet. Es müßte doch schließlich jedem klar sein, daß wir Steuern zahlen müssen, weil sonst jede Staatwirtschaft aufhören und Staats- und Volkswirtschaft zusammenbrechen müßten. Wenn aber würde ein solcher Zusammenbruch am schwersten treffen? Alle diejenigen, welche von ihrer Arbeit leben müssen. Darum hat gerade das arbeitende Deutschland das größte Interesse daran, daß durch Ausführung der Steuererhebung unsere Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden.“

Herr Dr. Wirth führte weiter aus, daß die Reichseinkommensteuer in vielen Punkten milder ausgefallen sei, als die bisher geltenden Einkommensteuergesetze. Beim Kinderprivileg und beim Existenzminimum sei man bis an die Grenze des Möglichen gegangen. In keinem anderen Lande würden die hohen Einkommen so besteuert wie bei uns. Dazu komme noch die Kapitalertrag- und die Körperschaftsteuer sowie das Reichsnotopfer, wodurch die oberen Schichten außerordentlich schwer belastet würden. Auf die Frage, wie der Minister sich zu der gewaltigen Behinderung des Steuerabzugs verhalte, antwortete Herr Dr. Wirth:

„Steuerabzüge in diesem kritischen Augenblick ist geradezu ein Verbrechen am Reiche wie am ganzen deutschen Volke. Würde die Zentralsteuer sabotiert, so würde das ganze Steuersystem zusammenbrechen. Die Folge kann sich jeder selbst ausmalen. Ich habe sie eben angedeutet. Es muß deshalb mit allen Mitteln dem Gesetze, das vom Parlament unter Mitwirkung der Sozialdemokratie geschaffen wurde, Geltung verschafft werden.“

Eine weitere Änderung der gesetzlichen Vorschriften über den Steuerabzug, so führte der Reichsfinanzminister weiter aus, sei für die nächste Zeit nicht vorgesehen. Nunmehr müßten erst die Erfahrungen mit den neuen Bestimmungen abgewartet werden. Auf die Frage, ob die Arbeitnehmer weniger Steuer zu entrichten hätten als andere Steuerpflichtige, erklärte Herr Dr. Wirth folgendes:

„Das reine Arbeitseinkommen unterliegt lediglich der Einkommensteuer, während die Grundbesitzer, die Gewerbetreibenden und die Kapitalbesitzer neben der Einkommensteuer noch die Ertragssteuer und das Reichsnotopfer zu entrichten haben. Ich denke, darüber wäre sich die Deutschnation doch klar, daß bei uns der Besitz stark vorbelastet ist. Haben denn die Arbeiter vergessen, daß aller Kriegsgewinn bis auf 172.000 M. weggesteuert wird? Haben sie vergessen, daß das Reichsnotopfer bis zu 65 Prozent des alten Vermögens bei den Reichsten wegnimmt? Weist nicht ein jeder Arbeiter, daß bei den großen Einkommen die Steuer bis zu 60 Prozent hinaufgeht? Hat man vergessen, daß durch eine Kapitalertragssteuer das Einkommen aus Kapital schon stark vorbelastet wird und daß überdies auch noch die Körperschaftsteuer und das Einkommen aus Aktien und sonstigen Gesellschaftsantheilen sehr stark vorbelastet? Das Dividendensteuern wird erst durch zwei Steuern an der Quelle besteuert und unterliegt dann noch der Einkommensteuer. Wenn beispielsweise jemand 100.000 Mark Dividenden zu beziehen hätte, so werden von diesem Betrag vor seiner Auszahlung zunächst bis 28.000 M. durch die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuer abgezogen. Dann werden von den verbleibenden 72.000 M. noch 21.505 M. Einkommensteuer gefordert, so daß von den 100.000 M. die er zu beziehen gehabt hätte, noch 50.495 M. übrig bleiben. Und dabei ist das Reichsnotopfer noch nicht berücksichtigt.“

Die Belastung der oberen Schichten der Bevölkerung ist bis an die Grenze des wirtschaftlich Möglichen durchgeführt. Mehr könnte man aus dem Besitz kaum herausheben, ohne die Volkswirtschaft zu schädigen.“

Es muß dem Herrn Reichsfinanzminister gesagt werden, daß er auf die Arbeiter mit diesen Ausführungen nicht den geringsten Eindruck machen wird, denn die Tatsachen stehen dazu denn doch in allzu großem Gegensatz. Der Kriegsgewinn wird bis auf 172.000 M. weggesteuert? Woher nehmen denn die Stinnes, die Thyssen, die Stumm, alle die anderen Großkapitalisten die Gelder her, mit denen sie fortgesetzt ihre Unternehmungen erweitern können? Das Reichsnotopfer soll den Reichsten bis zu 65 Prozent des alten Vermögens wegnehmen? Dabei macht infolge der Aufblähung der Werte das Reichsnotopfer einen beträchtlich geringeren Teil des Vermögens aus und noch dazu wird die Abgabe auf dreifig Jahre verteilt, so daß sie nur wie eine Ergänzung zur Vermögenssteuer wirkt. Bei den großen Einkommen soll die Steuer bis zu 60 Prozent hinaufgehen? In Wirklichkeit werden gerade die bestehenden Klassen tausend Mittel finden, um sich wie bisher schon der vollen Steuerleistung zu entziehen. Denn das ist es ja gerade, was die Arbeiter beim Lohnabzug so empört. Nicht die Tatsache allein, daß sie von ihrem ganz unzureichenden Einkommen Steuern zahlen sollen, sondern daß von ihnen diese Steuern bis auf den letzten Pfennig herausgeholt werden, wogegen den vermögenden Kreisen auch in Zukunft noch ein weiter Spielraum zur Hintertreibung des Steuerfiskus gelassen wird. Wenn es sich darum handelt, die bestehenden Klassen noch dem wirklichen Maße ihrer Leistungsfähigkeit zu belasten, so wird „die Volkswirtschaft geschädigt“. Auf der anderen Seite dagegen, lehnt man nicht davor zurück, die geringsten Ein-

